## Regierungspräsidium Darmstadt



## Zustellungsurkunde

Umicore AG & Co. KG z. Hd. der Zustellbevollmächtigten Frau Dr. Barbara Braun-Vollmuth Standortfunktionen SF Rodenbacher Chaussee 4 63457 Hanau Aktenzeichen (bei Korrespondenz bitte angeben):

IV/F 43.3 - 1039/12 Gen 10/17

Fristenbriefkasten:

64283 Darmstadt

Luisenplatz 2,

Bearbeiter/in: Jörg Walther Durchwahl: 069 - 2714 - 4989

Datum: 14. August 2017

# <u>Genehmigungsbescheid</u>

Ι.

Auf Antrag vom 25.04.2017 wird der

Umicore AG & Co. KG, gesetzlich vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin Umicore Management AG, wiederum vertreten durch den Vorstand Herrn Dr. Bernhard Fuchs, Rodenbacher Chaussee 4, 63457 Hanau (im Folgenden: Antragstellerin),

nach Maßgabe der im Folgenden aufgeführten Pläne, Zeichnungen und Beschreibungen und unter Beachtung der nachstehenden Nebenbestimmungen nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBI. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBI. I S. 1298, 1301) die Genehmigung erteilt, auf dem

Grundstück in 63457 Hanau, Gemarkung Wolfgang, Flur 1, Flurstück 45/26, Geb. 804

die Anlage zur Herstellung von organischen Edelmetallpräparaten (OEP2) wesentlich zu ändern.

Telefon: 069-2714-0 (Zentrale)

Internet: www.rp-darmstadt.hessen.de

Telefax: 069-2714-5950

Die Genehmigung berechtigt zur Errichtung und zum Betrieb der Anlage "CCTBA" im Gebäude 804 als Teilanlage zur Anlage zur Herstellung von organischen Edelmetall-

präparaten (OEP2) und zum Einsatz und der Herstellung der in Kapitel 7 dieses Genehmigungsantrages genannten Stoffe und Produkte.

Die Anlage "CCTBA" dient der Herstellung von Hexacarbonyl(3,3-dimethyl-1-butyne)dicobalt-Reinlösung durch Destillation von Hexacarbonyl(3,3-dimethyl-1-butyne)dicobalt-Rohlösung.

Die Anlage zur Herstellung von organischen Edelmetallpräparaten (OEP2) i. S. d. § 3 Abs. 5 BImSchG i. V. m. §§ 1 und 2 der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2.05.2013 (BGBI. I S. 973), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28.04.2015 (BGBI. I S. 670, 674) wird wie folgt abgegrenzt: BE1 Teilanlage OEP2, BE2 Kleinproduktion (KP), BE3 Aufarbeitungsanlage (AA), BE4 Containerstation, BE5 Lösungsmitteltanklager, BE6 Vakuumanlage, BE7 Abgasverbrennungsanlage (TNV), BE8 Reaktionsanlage (Crackanlage), BE9 Lagerungen (Crackanlage), BE10 Destillationsanlage (CPCoCo) und BE11 Destillationsanlage (CCTBA).

Die Anlage fällt unter Ziffer 4.1.21 des Anhangs 1 der 4. BlmSchV.

Diese Genehmigung ergeht nach Maßgabe der unter Abschnitt IV. dieses Bescheides aufgeführten Pläne, Zeichnungen und Beschreibungen und unter den in Abschnitt V. festgesetzten Nebenbestimmungen.

Die maximale Kapazität der Anlage OEP2 ist auf 147 Tonnen Metall / Jahr und 3570 Tonnen nicht metallhaltige Materialien / Jahr begrenzt. Die genehmigten Kapazitäten ändern sich nicht.

Die Kosten des Verfahrens hat die Antragstellerin zu tragen.

II.

#### **Maßgebliches BVT-Merkblatt**

Für die Anlage OEP2 ist das BVT-Merkblatt "Herstellung organischer Spezialchemikalien" maßgeblich.

III.

#### Eingeschlossene Entscheidungen

- Anzeige gemäß § 41 Hessisches Wassergesetz (HWG) für
  - BE 11 (Destillationsanlage) der Anlage "CCTBA", Gebäude 804 (Volumen < 1m³, WGK 3, Gefährdungsstufe B)</li>

Gesetzlicher Hinweis gemäß § 21 Abs. 2 der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren – 9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.05.1992 (BGBI. I S. 1001), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBI. I S. 1298, 1304):

Der Genehmigungsbescheid ergeht unbeschadet der behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BlmSchG nicht von der Genehmigung eingeschlossen werden.

IV.

#### <u>Antragsunterlagen</u>

Dieser Entscheidung liegen folgende Unterlagen zu Grunde:

Der Antrag vom 25.04.2017

Die Antragsunterlagen gemäß Inhaltsverzeichnis bestehend aus einem Ordner:

Ka	pitel Anzahl der :	Seiten
1.	Antrag	
	Formular 1/1	6
	Formular 1/1.4	1
	Formular 1/2 mit Anlagen	24
2.	Inhaltsverzeichnis	4
3.	Kurzbeschreibung	4
4.	Unterlagen, die Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse enthalten	1
	Containing only and Cocontains area 2 out to 2 of the containing o	
5.	Standort und Umgebung der Anlage, Windstatistik und topographische Karte	
5.	Standort und Umgebung der Anlage, Windstatistik und topographische Karte Lageplan PCW, Gebäude 804 (90D-3451_901026b/0)	
<ul><li>5.</li><li>6.</li></ul>		
	Lageplan PCW, Gebäude 804 (90D-3451_901026b/0)	1
	Lageplan PCW, Gebäude 804 (90D-3451_901026b/0)  Anlagen- und Verfahrensbeschreibung, Betriebsbeschreibung	1
	Lageplan PCW, Gebäude 804 (90D-3451_901026b/0)  Anlagen- und Verfahrensbeschreibung, Betriebsbeschreibung  Formular 6/1	2
	Lageplan PCW, Gebäude 804 (90D-3451_901026b/0)  Anlagen- und Verfahrensbeschreibung, Betriebsbeschreibung Formular 6/1 Formular 6/2 Formular 6/3 Betriebsbeschreibung	1 2 1
	Lageplan PCW, Gebäude 804 (90D-3451_901026b/0)  Anlagen- und Verfahrensbeschreibung, Betriebsbeschreibung Formular 6/1 Formular 6/2 Formular 6/3 Betriebsbeschreibung R+I-Fließbilder (94B-3480-1504-901667, 94B-3451-2104_25061f und	1215
	Lageplan PCW, Gebäude 804 (90D-3451_901026b/0)  Anlagen- und Verfahrensbeschreibung, Betriebsbeschreibung Formular 6/1 Formular 6/2 Formular 6/3 Betriebsbeschreibung	2 1 5

/.	Stoffe, Stoffmengen, Stoffdaten	
	Formular 7/1	1
	Formular 7/2	1
	Formular 7/3	1
	Formular 7/4	
	Formular 7/5	
	Formular 7/6	
8.	Luftreinhaltung	
	Erläuterungen	3
	Formular 8/1	2
	Formular 8/2 (ARE NR. 1)	2
	Lageplan-Gebäudehöhen (90G-3451_CCTBA/1)	1
9.	Abfallvermeidung und Abfallentsorgung	
	Erläuterungen	1
	Formular 9/1	
	Formular 9/2	
10	Abwasserentsorgung	
10.	Erläuterungen	1
	Formular 10	
	E-Mail vom 15.09.2016 mit Analyse vom 17.08.2016	
	Kanalplanausschnitt (Gebäude 804, CCTBA)	
	Kanaipianausseimite (Gebaude 664, GeTBA)	'
11.	Spezialteil für die Genehmigung von Abfallentsorgungsanlagen	1
12.	Abwärmenutzung	1
13.	Lärm, Erschütterungen und sonstige Immissionen	1
14.	Anlagensicherheit - Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft sowie der	
	Arbeitnehmer	
	Erläuterungen	11
	Formular 14/1	
	Formular 14/3	
	Sicherheitsbetrachtung	
15.	Arbeitsschutz	
	Erläuterungen	3
	Formular 15/1	
	Formular 15/2	
	Formular 15/3	
	. 0	'

16.	Brandschutz	
	Erläuterungen	1
	Formular 16/1.1	1
	Formular 16/1.2	1
	Formular 16/1.3	
	Formular 16/1.4	
	Flucht- und Rettungswegeplan (Geb. 804, EG, 97F-3451-1607-0000_804)	1
17.	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (§§ 19g - 19l WHG)	
	Erläuterungen	4
	Formular 17/1	2
	Formular 17/2	3
	Formular 17/7	
	Anlagenabgrenzung	
	Auszug DIBt-Zulassung Z-59.12-124	
	Löschwasserrückhaltekonzept	
18	Bauvorlagen, Baubeschreibung	1
10.	Budverlagen, Budbesemeibung	'
4.0		
19.	Unterlagen für sonstige Konzessionen, die gemäß § 13 BlmSchG	
	einzuschließen sind	1
20.	Unterlagen zur Umweltverträglichkeitsprüfung	
	Formular 1.0 zum UVPG	4
	Erläuterungen	2
21.	Maßnahmen nach der Betriebseinstellung	2
	J. J	
22	Average requestors delegation to the first IT. And a rem	
ZZ.	Ausgangszustandsbericht für IE-Anlagen	,
	Erläuterungen	ک م
	Formular 22/1	

٧.

# Nebenbestimmungen gemäß § 12 BlmSchG

# 1 Allgemeines

1.1 Die erteilte Änderungsgenehmigung erlischt, wenn der Inhaber nach Vollziehbarkeit des Bescheides einen Zeitraum von 1 Jahr verstreichen lässt, ohne mit der Veränderung der Anlage zu beginnen. Die erteilte Genehmigung erlischt ferner, wenn nicht innerhalb

von 3 Jahren nach Vollziehbarkeit des Bescheides entsprechend den vorgelegten Beschreibungen und Zeichnungen der Betrieb der Anlage in der geänderten Form aufgenommen wird (§ 18 Abs. 1 Nr. 1 BlmSchG).

Die Fristen können auf Antrag verlängert werden.

- 1.2 Die Urschrift oder eine Kopie des Bescheides sowie die unter Abschnitt IV. aufgeführten Antragsunterlagen sind am Betriebsort aufzubewahren und den im Auftrag der Genehmigungs- oder Überwachungsbehörden tätigen Personen auf Verlangen vorzulegen.
- 1.3 Die Anlage ist entsprechend den vorgelegten und im Abschnitt IV. genannten Unterlagen zu ändern und in veränderter Weise zu betreiben, soweit im Folgenden keine abweichenden Regelungen getroffen werden.
- 1.4 Die Nebenbestimmungen früher erteilter Genehmigungen/Erlaubnisse gelten fort, soweit im Folgenden keine Änderungen oder weitergehenden Maßnahmen gefordert werden.
- 1.5 Ergeben sich Widersprüche zwischen dem Inhalt der Antragsunterlagen und den nachfolgenden Nebenbestimmungen, so gelten die Letzteren.
- 1.6 Während des Betriebes der Anlage muss ständig eine verantwortliche und mit der Anlage vertraute Aufsichtsperson anwesend oder kurzfristig erreichbar sein.
- 1.7 Die Anlage ist nach dem Stand der Technik zu warten.
- 1.8 Mindestens zwei Wochen vor Inbetriebnahme des Vorhabens "CCTBA" in der Anlage OEP2 sind dem Regierungspräsidium Darmstadt, Abt. Arbeitsschutz und Umwelt Frankfurt, Dezernat IV/F 43.3 Immissionsschutz folgende Unterlagen/ Informationen vorzulegen:
  - Der Termin der Inbetriebnahme
  - Die Mitteilung des Betreibers nach § 52 b BlmSchG für Personen- und Kapitalgesellschaften, soweit diese von den Angaben in den Antragsunterlagen abweichen.
- 1.9 Der Einsatz und die Herstellung eines anderen als in Kapitel 7 der Antragsunterlagen namentlich genannten Einsatzstoffes oder Produktes darf nur erfolgen, wenn
- 1.9.1 die Herstellung analog der im Antrag beschriebenen Herstellungsverfahren geschieht,
- 1.9.2 keine Änderungen vorgenommen werden, die wesentlich i. S. des § 16 Abs. 1 BImSchG sein können, oder einer Anzeige nach § 15 BImSchG bedürfen,
- 1.9.3 die Abluftsituation nicht verschlechtert wird, indem nur Emissionen gemäß den Nebenbestimmungen in Abschnitt V. 3.1 aufgeführten Ziffern und Klassen der TA Luft erfolgen,
- 1.9.4 keine Stoffe eingesetzt werden, von denen auf Grund der allgemein zugänglichen

- Literatur oder soweit diese nichts aussagt auf Grund von eigenen Untersuchungen größere Bedenken physiologischer oder sicherheitstechnischer Art zu erwarten sind, als bei den bisher gehandhabten Stoffen,
- 1.9.5 die Stoffidentifikation, die physikalischen Stoffdaten und die Daten bezüglich der Gefahrenmerkmale, der Toxizität und der Abbaubarkeit bekannt sind,
- der Flammpunkt und die Zündtemperatur sich nicht gegenüber den bislang genehmigten Stoffen erniedrigt,
- 1.9.7 neue Gefahrenmerkmale wie gefährliche thermische Zersetzung unter Reaktionsbedingungen, Schlagempfindlichkeit oder Staubexplosionsfähigkeit nicht hinzu treten,
- 1.9.8 die neuen Stoffe, gegenüber den bislang genehmigten, in der gleichen Gefahrenklasse keine höhere Gefahrenkategorien aufweisen,
- 1.9.9 der, zum Zeitpunkt der Bescheiderteilung gültige, angemessene Abstand nach § 50 BImSchG des Betriebsbereiches, zu dem die Anlage gehört (Gutachten-Nr. SWE-E-06-096 der TÜV Nord Systems GmbH & Co. KG vom Juli 2008), durch die neuen Stoffe nicht vergrößert wird.
- 1.10 Über die erzeugten Produkte und durchgeführten Reaktionen ist Buch zu führen. Aus den Aufzeichnungen muss der Zeitraum (Dauer, Beginn und Ende) hervorgehen, in dem die Produktion durchgeführt wurde.
  Die Aufzeichnungen sind bis zur Betriebseinstellung der Anlage aufzubewahren und den im Auftrag der Genehmigungs- oder Überwachungsbehörden tätigen Personen auf Verlangen vorzulegen.
- 1.11 Stoffe oder Produkte, die erstmals in der Anlage eingesetzt oder hergestellt werden sollen, sind vor Aufnahme der Produktion dem Dezernat IV/F 43.3 mitzuteilen und mit dem Nachweis der Beständigkeit für die Anlagen wasserrechtlich anzuzeigen. Die Mitteilung muss enthalten:
- 1.11.1 den Namen des Produktes und die Namen der Ausgangsstoffe/Lösemittel nach der Genfer Nomenklatur,
- 1.11.2 das Aktenzeichen dieser Genehmigung,
- 1.11.3 die Gebäudenummer,
- 1.11.4 die Daten der Einsatzstoffe und der Produkte und
- 1.11.5 die zur Prüfung der Punkte 1.9.1 bis 1.9.9 erforderlichen Angaben.

#### 2 Messungen

2.1 Zur Feststellung, ob die unter Punkt V. 3.1 festgelegten Emissionsgrenzwerte eingehalten werden, sind frühestens drei Monate und spätestens sechs Monate nach Inbetriebnahme der hiermit genehmigten Änderung an der Emissionsquelle E 31 Messungen

- von einer Messstelle durchführen zu lassen, die gemäß § 29 b BImSchG bekannt gegeben ist.
- 2.2 Es ist nicht zulässig, eine Stelle für Messungen einzusetzen, die in diesem Genehmigungsverfahren / derselben Sache beratend tätig gewesen ist, bzw. die Gutachten bzw. Prognosen für die zu messende Anlage erstellt hat.

  Dies gilt entsprechend auch für Messungen an Anlagen, bei deren Betrieb die Stelle (z. B. als Immissionsschutzbeauftragter) mitwirkt oder mitgewirkt hat.
- 2.3 Parallel zur Messung der Emissionen sind die zur Auswertung und Beurteilung der Emissionswerte erforderlichen Betriebsparameter wie Temperatur, Abgastemperatur, Volumenstrom des Abgases, Feuchtegehalt des Abgases, Sauerstoffgehalt messtechnisch zu ermitteln und fortlaufend aufzuzeichnen.
- 2.4 Bei den Messungen ist die Anlage gemäß den genehmigten Betriebszuständen und mit der genehmigten Kapazität zu betreiben. Wird die Anlage auch mit kleinerer Auslastung als der genehmigten Kapazität betrieben, dann ist diese Auslastung auch bei den Messungen zu berücksichtigen
- 2.5 Zur Durchführung der Messungen sind die erforderlichen Messplätze und Messstrecken nach Nr. 5.3.1 TA Luft vorzusehen.
  Deren Beschaffenheit muss repräsentative, messtechnisch einwandfreie und gefahrlose Emissionsmessungen gewährleisten. Die Vorgaben der Richtlinie DIN EN 15259 (Anforderungen an Messplätze und Messstellen ...) sind zu beachten.
  Die Messplätze müssen dafür ausreichend groß, tragfähig, witterungsgeschützt, gefahrlos und leicht begehbar eingerichtet sein. Notwendige Versorgungsleitungen sind zu verlegen.
- 2.6 Die Lage der Messplätze und Messstrecken sowie die Ausbildung der Messplätze sind rechtzeitig, ggf. unter Vorlage von Zeichnungen, mit der beauftragten und nach § 29b BlmSchG bekannt gegebenen Stelle abzustimmen.

  Hierbei ist Dezernat IV/F 43.3 als zuständige Überwachungsbehörde zu beteiligen.
- 2.7 Vor Beginn der Durchführung von Emissionsmessungen zur Ermittlung der Emissionen luftverunreinigender Stoffe ist von der mit der Messdurchführung beauftragten Messstelle ein detaillierter Messplan (gemäß Anlage B3 der DIN EN 15259, siehe unter http://www.hlnug.de/themen/luft/emissionsueberwachung/pruefung-von-emissionsmessungen.html: AnlageB3aus15259\_Mustermessplan.pdf) zu erstellen. Dieser soll Angaben über die zu wählenden Probeentnahmestellen, Art und Umfang der Emissionsmessungen, Probeentnahmeapparaturen, Probeentnahme und Auswerteverfahren, Spezifikationen der eingesetzten Messgeräte, die zeitliche Lage der Emissionen und der jeweiligen Messdurchführungen sowie Angaben über Art und Umfang der Berichterstellung enthalten.
- 2.8 Der Messplan ist rechtzeitig, aber mindestens vierzehn Tage vor Messbeginn dem Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) -Dienststelle Kassel-

- Ludwig-Mond-Str. 33, 34121 Kassel vorzulegen sowie mit dem Dezernat IV/F 43.3 abzustimmen.
- 2.9 Mit der Durchführung der Emissionsmessungen darf erst begonnen werden, wenn das Dezernat IV/F 43.3 dem Messplan zugestimmt hat.
- 2.10 Der Betreiber der Anlage hat unter Bekanntgabe der beauftragten Messstelle den Termin der zu tätigenden Messungen dem Dezernat IV/F 43.3 und dem HLNUG vierzehn Tage vorher mitzuteilen.
- 2.11 Die Ergebnisse der Emissionsmessung sind unverzüglich in einem Messbericht zusammenzustellen.
- 2.12 Der Betreiber hat die Messstelle zu verpflichten, bei der Erstellung des Messberichtes den vom HLNUG zur Verfügung gestellten Mustermessbericht zu verwenden (http://www.hlnug.de/themen/luft/emissionsueber-wachung/pruefung-von-emissionsmessungen.html: 'Muster-Emissionsmessbericht').
- 2.13 Der Betreiber hat die Messstelle zu verpflichten, die Originalprotokolle der Messungen und Laborauswertungen aufzubewahren und den im Auftrag der Überwachungsbehörden tätigen Personen sowie dem HLNUG auf Verlangen vorzulegen.
- 2.14 Die nach § 29b BlmSchG bekanntgegebene Stelle ist zu verpflichten, unverzüglich zwei Ausfertigungen des Messberichtes dem Dezernat IV/F 43.3 direkt zu übersenden.
- 2.15 Jeweils nach Ablauf von drei Jahren nach der erstmaligen Messung sind erneut Emissionsmessungen in Abstimmung mit dem Dezernat IV/F 43.3 und dem HLNUG durchzuführen und die Messberichte vorlegen zu lassen.

#### 3 Luftreinhaltung

- 3.1 Für die Emissionsquelle E31 (Abgasverbrennungsanlage (TNV), Gauß-Krüger-Koordinaten: Rechtswert: 3497850 m, Hochwert: 5554206 m) werden folgende Emissionsbegrenzungen beim Betrieb der Anlage "CCTBA" festgesetzt:
- 3.1.1 Die im Abgas oder in der Abluft enthaltenen Emissionen organischer Stoffe gemäß Nr. 5.2.5 TA Luft, ausgenommen staubförmige organische Stoffe, dürfen

die Massenkonzentration

50 mg/m<sup>3</sup>

- angegeben als Gesamtkohlenstoff, insgesamt nicht überschreiten.
- 3.1.2 Die im Abgas oder in der Abluft enthaltenen Emissionen staubförmiger anorganischer Stoffe gemäß Klasse II der Nr. 5.2.2 TA Luft dürfen für folgende Einzelstoffe den Wert für die Massenkonzentration nicht überschreiten:

Cobalt und seine Verbindungen

0,5 mg/m<sup>3</sup>

- 3.2 Luftreinhalteanlagen sind ausreichend zu warten. Über den Ausfall, über Störungen, Wartungsdienste sowie Reparaturen ist Buch zu führen (Dauer, Beginn, Ende). Die Aufzeichnungen sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren.
- 3.3 Prozesse, bei denen luftfremde Stoffe emittiert werden, dürfen nicht begonnen werden, wenn die zugehörige Luftreinhalteanlage ausgefallen ist. Bei Ausfall der Luftreinhalteanlage während des Betriebes sind die zugehörigen Prozesse so schnell wie möglich zu beenden oder zu unterbrechen. Die Beschäftigten sind entsprechend anzuweisen.

Luftreinhalteanlage im Sinne der vorstehenden Regelung ist folgende Einrichtung: - Abgasverbrennungsanlage (TNV).

### 4 Wasserrecht

# Umgang mit wassergefährdenden Stoffen:

- 4.1 Die Destillationsanlage bedarf aufgrund der Gefährdungsstufe B der Sachverständigenprüfung gemäß § 23 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung VAwS) vor Inbetriebnahme sowie nach wesentlicher Änderung.
- 4.2 Im Rahmen der Eigenüberwachung ist die Anlage zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen durch regelmäßige Kontrollgänge auf Undichtigkeiten, Beschädigungen oder Unregelmäßigkeiten zu kontrollieren. Die Kontrollgänge sind im Betriebstagebuch zu dokumentieren. Festgestellte Mängel sind ebenfalls zu dokumentieren und umgehend zu beseitigen.
- 4.3 Unabhängig von Punkt V. 4.2 ist die Rückhalteeinrichtung regelmäßig sowie nach Beaufschlagung mit wassergefährdenden Stoffen durch einen Sachkundigen hinsichtlich Beschädigungen zu begutachten.
- 4.4 Es ist eine Betriebsanweisung gemäß § 3 Nr. 6 VAwS aufzustellen. In der Betriebsanweisung ist ebenfalls die Häufigkeit der unter Punkt V. 4.2 und 4.3 geforderten Kontrollen festzulegen. Die Betriebsanweisung ist dem Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Frankfurt, Dezernat IV/F 41.4 Anlagenbezogener Gewässerschutz vorzulegen.
- 4.5 In Bereichen, in denen mit Staplerverkehr zu rechnen ist, ist die Anlage durch geeignete Maßnahmen gegen Beschädigung durch Anfahren zu schützen.

#### 5 Abwasserbeseitigung

Die Grenzwerte der Abwassersatzung der Stadt Hanau bei Einleitung des Abwassers in das Kanalnetz des Eigenbetriebes Hanau Infrastruktur Service sind einzuhalten.

#### 6 Brandschutz

- 6.1 Für jeden vorhandenen Gefahrstoff innerhalb der Anlage / des Gebäudes ist das Sicherheitsdatenblatt für den Einsatz der Feuerwehr vorzuhalten.
- 6.2 Das Gebäude mit der Anlage ist mit einer zentralen (Not-)Abschaltung aller Medien (Gas, Wasser, Druckluft etc.) für den Notfall auszustatten um die Anlage in einen sicheren Bereich zu fahren. Diese Abschaltorgane müssen in einem für die Feuerwehr sicheren Bereich liegen.
- 6.3 Die Vorgaben der "Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Leitungsanlagen" (Muster-Leitungsanlagen-Richtlinie MLAR) sind umzusetzen.
- 6.4 Die Vorgaben der "Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Lüftungsanlagen" (Muster-Lüftungsanlagen-Richtlinie MLüAR) sind umzusetzen.
- 6.5 Nach Fertigstellung ist mit der Brandschutzdienststelle Hanau ist ein Abnahmetermin/ Inbetriebnahmeprüfung zu vereinbaren.

#### 7 Abfallrecht

- 7.1 Die in Kapitel 9 der Antragsunterlagen aufgeführten Abfallschlüssel sind im abfallrechtlichen Nachweisverfahren anzuwenden. Änderungen der Abfallschlüssel können nur in begründeten Einzelfällen und mit schriftlicher Zustimmung des Regierungspräsidiums Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Frankfurt, Dezernat IV/F 42.1 Abfallwirtschaft Ost erfolgen. Diese Zustimmung muss vor Beginn der Entsorgung erteilt werden.
- 7.2 Fallen beim Betrieb der Anlage, bei Reinigungs- und Wartungsarbeiten oder bei Betriebsstilllegung nachweispflichtige Abfälle an, die noch nicht im Rahmen von Genehmigungen beurteilt wurden, sind diese dem Dezernat IV/F 42.1 zur fachtechnischen Prüfung mitzuteilen.

#### 8 Ausgangszustandsbericht (AZB), Bodenschutz

# Überwachung Boden und Grundwasser

8.1 Das Grundwasser im Umfeld der Anlage "OEP2" ist alle 5 Jahre gemäß den Ausführungen im Kapitel 10 des Ausgangszustandsberichtes (AZB) des Hydrogeologischen Büros Dr. Berg und Dr. Girmond GmbH vom 5.08.2015 "Umicore AG & Co. KG, Hanau, Gebäude 804 – Anlage OEP2, Vorhaben NOX und Crackanlage, Ausgangszustandsbericht" zu überwachen.

- 8.2 Die Grundwasserüberwachung für die Anlage "CCTBA" hat im Rahmen des bereits bestehenden Monitorings für die Anlage OEP2, erstmals im Jahr 2020, zu erfolgen.
- 8.3 Die Ergebnisse der im Rahmen der Grundwasserüberwachung der Anlage durchgeführten Untersuchungen sind von einer sachkundigen Stelle/Person zu dokumentieren und in einem Untersuchungsbericht zusammenzufassen.
- 8.4 Der Überwachungsbericht mit allen Untersuchungsergebnissen ist dem Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Frankfurt, Dezernat IV/F 41.1 -Grundwasser, Bodenschutz Ost-, binnen 3 Monaten nach Durchführung der Untersuchungen zur Prüfung vorzulegen.
- 8.5 Sollten die Ergebnisse der Grundwasseruntersuchung Hinweise auf einen Schadstoffeintrag liefern, sind umgehend Maßnahmen zur Ermittlung der Schadensherkunft einzuleiten. Das Vorgehen ist mit dem Dezernat IV/F 41.1 abzustimmen.

#### Stilllegung der Anlage

- 8.6 Mit der Anzeige der Stilllegung der Gesamtanlage OEP2 nach § 15 Abs. 3 BImSchG ist dem Dezernat IV/F 41.1, als zuständiger Bodenschutzbehörde, auf der Basis der Angaben in Kapitel 11 des Ausgangszustandsberichtes des Büros Berg/Girmond vom 5.08.2015 ein aktualisiertes Untersuchungskonzept für den Endzustandsbericht zur Zustimmung vorzulegen. Dieses soll die Ergebnisse der Grundwasserüberwachungen und Veränderungen des Betriebs berücksichtigen.
- 8.7 Der Endzustandsbericht ist von einer sachkundigen Stelle/Person zu erstellen.
- 8.8 Der Endzustandsbericht ist dem Dezernat IV/F 41.1 binnen 3 Monaten nach der Stilllegung zur Prüfung vorzulegen.

## 9 Wartung

Abluft- bzw. Abgasreinigungsanlagen sind ausreichend zu warten. Über den Ausfall, über Störungen, Wartungsdienste sowie Reparaturen an Abgasreinigungsanlagen ist Buch zu führen (Dauer, Beginn, Ende). Die Aufzeichnungen sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren.

### 10 Maßnahmen nach Betriebseinstellung

10.1 Bei einer beabsichtigten Stilllegung oder Stilllegung einzelner Teil- oder Nebenanlagen sind die jeweiligen Anlagen vollständig zu entleeren und so zu behandeln, dass sie gefahrlos geöffnet und demontiert werden können.

- 10.2 Im Falle der Betriebseinstellung sind alle sachkundigen Arbeitnehmer und Fachkräfte solange weiterzubeschäftigen, wie dies zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Pflichten nach § 5 Abs. 3 BImSchG erforderlich ist.
- 10.3 Auch nach der Betriebseinstellung ist das Betriebsgelände solange gegen Zutritt Unbefugter zu sichern, bis alle Verfahrensanlagen und Chemikalien vollständig beseitigt und keine Gefahren mehr vom Betriebsgelände ausgehen können.

VI.

#### **Begründung**

# 1. Rechtsgrundlagen

Dieser Bescheid ergeht auf Grund von § 16 BlmSchG i. V. m. Nr. 4.1.21 des Anhangs 1 der 4. BlmSchV.

Zuständige Genehmigungsbehörde ist nach § 1 der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, dem Treibhaus-Emissionshandelsgesetz, dem Gesetz zur Ausführung des Protokolls über Schadstofffreisetzungs- und verbringungsregister und dem Benzinbleigesetz (Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung – ImSchZuV) vom 26.11.2014 (GVBI. I S. 331) das Regierungspräsidium Darmstadt.

#### 2. Verfahrensablauf

Die Umicore AG & Co. KG hat am 25.04.2017 beantragt, die Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von organischen Edelmetallpräparaten (OEP2) nach § 16 BlmSchG zu erteilen.

Die Anlage OEP2 dient der batchweisen Produktion von metallhaltigen, vorzugsweise edelmetallhaltigen und nicht metallhaltigen Verbindungen sowie deren Zwischenprodukten. Außerdem dient die Anlage OEP2 der Erforschung von Verfahren, dem Scale-up und der Wiedergewinnung von Edelmetallen, Metallen und nicht metallhaltigen Verbindungen.

Die beantragte Anlage "CCTBA" umfasst die neue Betriebseinheit BE11 Destillationsanlage (CCTBA) in der Anlage OEP2 und benutzt die die schon bestehende Betriebseinheit BE7 Abgasverbrennungsanlage (TNV) der Anlage OEP2 mit.

Die Anlage "CCTBA" dient der Herstellung von Hexacarbonyl(3,3-dimethyl-1-butyne)dicobalt-Reinlösung durch Destillation von Hexacarbonyl(3,3-dimethyl-1-butyne)dicobalt-Rohlösung.

Folgende Behörden, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird (vgl. § 10 Abs. 5 BlmSchG), wurden beteiligt:

- Der Magistrat der Stadt Hanau hinsichtlich umweltrechtlicher und brandschutzrechtlicher Belange.
- Das Gesundheitsamt des Main-Kinzig-Kreises im Hinblick auf allgemeine gesundheitspolizeiliche und umwelthygienische Fragen.
- Die durch das Vorhaben betroffenen Fachdezernate des Regierungspräsidiums Darmstadt hinsichtlich des Arbeitsschutzes und der Sicherheitstechnik, abwasser- und abfalltechnischer, sowie wasser-, bodenschutz- und immissionsschutzrechtlicher Fragen.

Die bestehende Anlage wurde gemäß § 4 BlmSchG am 30.07.2002 durch das Regierungspräsidium Darmstadt unter dem Aktenzeichen IV/Hu 43.2 - 1039/12 Gen 15/00 genehmigt.

Die letzte wesentliche Änderung der bestehenden Anlage wurde gemäß § 16 BlmSchG am 3.06.2016 durch das Regierungspräsidium Darmstadt unter dem Aktenzeichen IV/F 43.3 - 1039/12 Gen 3/16 genehmigt.

Dem Antrag nach § 16 Abs. 2 BImSchG, auf die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens zu verzichten, wurde stattgegeben, da erhebliche nachteilige Auswirkungen auf in § 1 BImSchG genannte Schutzgüter nicht zu besorgen sind.

Die Vollständigkeit der Unterlagen wurde am 23.06.2017 festgestellt.

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles am 22.05.2017 ergab, dass das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann. Daher wird festgelegt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Die Entscheidung wurde am 19.06.2017 im Staatsanzeiger für das Land Hessen (Nr. 25, S. 609) öffentlich bekannt gemacht.

#### 3. Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen

Die Prüfung des Antrags durch das Dezernat IV/F 43.3 sowie die eingeholten Stellungnahmen haben ergeben, dass die Voraussetzungen nach den §§ 5 und 6 BlmSchG unter Berücksichtigung der unter Abschnitt V. aufgeführten Nebenbestimmungen gemäß § 12 Abs. 1 BlmSchG erfüllt sind und damit Beeinträchtigungen durch die betreffende Anlage nicht zu erwarten sind.

Die Nebenbestimmungen sind teilweise aus Gründen der Klarstellung erforderlich und ergänzen insoweit die Festlegungen in den Antragsunterlagen, soweit diese auslegungsfähig waren.

Gemäß § 6 BlmSchG in Verbindung mit den §§ 5 und 7 BlmSchG ist die Genehmigung zu erteilen, wenn unter Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für die Umwelt insgesamt

- schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können,
- Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen getroffen wird, insbesondere durch die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen,
- Abfälle vermieden, nicht zu vermeidende Abfälle verwertet und nicht zu verwertende Abfälle ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden,
- Energie sparsam und effizient verwendet wird,
- der Betreiber seinen Pflichten bei Betriebseinstellung nachkommen wird und
- andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen.

#### Emissionen/Immissionen

Die Pflichten nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 BlmSchG - Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen - werden erfüllt.

Von der Antragstellerin werden die nach dem Stand der Technik nötigen Minderungsmaßnahmen durchgeführt. Auf Grund dieser Maßnahmen, der geringen Massenströme und der Charakteristik der Stoffe sowie der Ableitung der Emissionen nach Nr. 5.5 TA Luft ist auszuschließen, dass Gesundheitsgefahren hervorgerufen werden. Auch erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen werden von der geänderten Anlage nicht ausgehen.

Unter Berücksichtigung der Angaben der Antragstellerin in den vorgelegten Antragsunterlagen und den diesbezüglichen Festlegungen durch Nebenbestimmungen im vorliegenden Bescheid wird § 5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG voll entsprochen.

#### <u>Lärm</u>

Auch schädliche Umwelteinwirkungen durch Lärm werden von dem genehmigten Vorhaben nicht hervorgerufen werden.

#### Gefahren

Gefahren, insbesondere Brand- und Explosionsgefahren, werden von der Anlage nach den Maßstäben praktischer Vernunft und den Ergebnissen der durchgeführten Sicherheitsbetrachtung ebenfalls nicht ausgehen.

Der angemessene Abstand nach § 50 BlmSchG des Betriebsbereiches, zu dem die Anlage gehört, wird durch das Projekt auf Grund der eingesetzten neuen Stoffe nicht verändert.

# Abfallvermeidung/-verwertung (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 BlmSchG)

Weitere Möglichkeiten, Abfälle zu reduzieren (durch Vermeidung oder Verwertung), waren nicht erkennbar. Dennoch ist die Antragstellerin durch § 5 Abs. 1 Nr. 3 BlmSchG verpflichtet, alle sich in Zukunft ergebenden Möglichkeiten der Abfallvermeidung oder -verwertung voll auszuschöpfen.

Hierbei können wirtschaftliche Gesichtspunkte nur insoweit berücksichtigt werden, als lediglich unverhältnismäßige Maßnahmen nicht verlangt werden können.

Verbleibende Abfälle, die weder vermieden noch verwertet werden können, sind - soweit sie vom Abwasserpfad auszuschließen sind - ordnungsgemäß und ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu beseitigen.

Die Antragstellerin hat in den vorgelegten Unterlagen dargelegt, dass sie dieser Verpflichtung nachkommen will. Somit sind auch die Voraussetzungen nach § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG erfüllt.

## Ausgangszustandsbericht (AZB), Bodenschutz

Der Ausgangszustandsbericht für die Anlage OEP2, Vorhaben NOX und Crackanlage, Gebäude 804, der Umicore AG & Co. KG erstellt vom Büro des Büros Berg/Girmond mit Datum vom 5.08.2015 umfasst auch den Bereich des beantragten Vorhabens und kann deshalb für die Errichtung und die Inbetriebnahmen der Anlage "CCTBA", als wesentliche Änderung der Anlage OEP2, herangezogen werden.

Das bestehende Grundwassermonitoring ist durch die Inbetriebnahme der Anlage "CCTBA" nicht anzupassen, da alle relevanten gefährlichen Stoffe bereits berücksichtigt werden. Aus diesem Grund kann eine erstmalige Grundwasseruntersuchung im Rahmen des bestehenden fünfjährigen Grundwassermonitorings im Jahr 2020 erfolgen.

Eine regelmäßige Überwachung des Bodens im Bereich der Anlage "CCTBA" wird aufgrund der Versiegelung des Anlagenbereiches zurückgestellt; die Überwachung erfolgt indirekt anhand der Grundwasserüberwachung.

Das im AZB enthaltene Konzept für den Endzustandsbericht ist im Zuge der Stilllegungen nochmal zu aktualisieren um Veränderungen des künftigen Betriebs und die Ergebnisse der Grundwasserüberwachung berücksichtigen zu können.

## <u>Betriebsstilllegung</u>

Im Hinblick auf § 5 Abs. 3 BlmSchG - Maßnahmen bei Betriebseinstellung - hat die Antragstellerin die aus heutiger Sicht denkbaren und erforderlichen Schritte dargelegt.

Es bestehen keine Hinweise darauf, dass die Antragstellerin im Falle einer tatsächlich anstehenden Betriebsstilllegung ihren diesbezüglichen Pflichten nicht nachkommen wird.

Aus heutiger Sicht kann auf Grund der Angaben in den Antragsunterlagen und unter Berücksichtigung der Festlegungen des vorliegenden Bescheides festgestellt werden, dass § 5 Abs. 3 BImSchG erfüllt wird.

Konkrete Vorgaben zur Betriebsstillegung haben unter Punkt V. 10 Eingang in die vorliegende Genehmigung gefunden.

## Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften

Einer Genehmigung stehen auch andere öffentlich-rechtliche Vorschriften wie z. B. die Belange des Arbeitsschutzes nicht entgegen. Die von den beteiligten Fachbehörden abgegebenen Stellungnahmen beurteilen die beantragten Maßnahmen grundsätzlich positiv. Die vorgeschlagenen Nebenbestimmungen haben ihren Niederschlag im Genehmigungsbescheid gefunden.

Da auch andere öffentlich-rechtliche Vorschriften dem beantragten Vorhaben nicht entgegenstehen, ist die Genehmigung zu erteilen.

VII.

## Kostenentscheidung

Die Kosten des Verfahrens hat nach §§ 1, 2 und 11 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes die Antragstellerin zu tragen. Über die zu erhebenden Verwaltungskosten ergeht ein gesonderter Bescheid.

VIII.

### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim

# Verwaltungsgericht Frankfurt am Main Adalbertstraße 18 60486 Frankfurt am Main

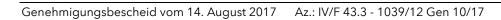
erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

gez. Walther

Jörg Walther

**Anlage:** - Hinweise



#### **Hinweise**

#### Hinweise zum Brandschutz

Das Gebäude ist nach § 15 des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, der Allgemeinen Hilfe und des Katastrophenschutz gefahrenverhütungsschaupflichtig.

Eigentümerinnen und Eigentümer, Besitzerinnen und Besitzer und sonstige Nutzungsberechtigte von Bauwerken, Anlagen, Einrichtungen und Lagerstätten sind verpflichtet, die Gefahrenverhütungsschau zu dulden, den hiermit beauftragten Personen den Zutritt zu allen Räumen sowie die Prüfung aller Einrichtungen und Anlagen zu gestatten, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die bei der Gefahrenverhütungsschau festgestellten Mängel innerhalb der ihnen gesetzten Frist zu beheben.

Die Gefahrenverhütungsschau wird durch das Brandschutzamt der Stadt Hanau, Abteilung Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz, durchgeführt und wird nach der zum Zeitpunkt der Überprüfung gültigen Gebührenordnung der Stadt Hanau kostenpflichtig abgerechnet.

Die bauliche Anlage ist brandschutztechnisch neu zu beurteilen, wenn die, vom Regierungspräsidium Darmstadt anerkannte, Werkfeuerwehr ihre Anerkennung verliert oder die Werkfeuerwehr aufgelöst wird.

